

Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **92 (2001)**

Heft 18

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hintergrundinformation

Volksinitiative: «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!»

Der Bundesrat hat am 13. Juli die Vorlagen für die eidgenössische Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001 festgelegt. Danach werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern auf Bundesebene fünf Vorlagen unterbreitet. Unter anderem steht die Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!» auf dem Programm. Die Initiative wurde bereits im letzten Jahr in der entsprechenden Botschaft des Bundesrates zur Ablehnung empfohlen.

Die Volksinitiative möchte die teilweise oder vollständige Finanzierung der Sozialversicherungen mit einer Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern sichern. Davon sind die Wasserkraftwerke mit mehr als einem Megawatt Leistung betroffen.

Um die Finanzierungsprobleme der AHV zu lösen, müsste die Energiebesteuerung extrem hoch angesetzt werden. Die Initiative sieht auch keine Begrenzung des Steuersatzes vor. Dies hätte eine massive Strompreiserhöhung zur Folge. Hohe Strompreise lassen stromintensive Industrien bei erster Gelegenheit im geöffneten Markt den Lieferanten wechseln. Die Schweiz hätte im Vergleich zum Ausland wenig Chancen. Zu hohe Preise sind für die Wettbewerbsfähigkeit

des in der Schweiz produzierten Stromes sehr behindernd. Eine Abwanderung der stromintensiven Unternehmen ins Ausland und der Verlust von Arbeitsplätzen wären weitere Folgen. Fazit: Die Initiative gefährdet den Wirtschaftsstandort Schweiz. Betrachtet man die Initiative aus energiepolitischer Sicht, so müsste erwartet werden, dass sie nach dem klaren Nein vom 24. September 2000 zurückgezogen wird. Bisher gibt es allerdings keine Anzeichen dafür, obwohl auch linke und grüne Kreise der Initiative wenig Chancen einräumen. Die Initiative erscheint daher als absolute Zwängerei. Dem von vielen Bürgern, Unternehmen der Branche und Politikern angestrebten Schutz der einheimischen umweltfreundlichen Stromproduktion aus Wasserkraftwerken würde in keiner Weise Rechnung getragen.

Haltung der Wirtschaft

Die Schweizerische Wirtschaft bildet eine klare Nein-Front. Politisch hat die Kampagne noch keine Wellen geworfen. Klare Aussagen zu einer Nein-Kampagne dürften zum richtigen Zeitpunkt Erfolg versprechen. Auch der VSE unterstützt ein klares Nein.

Stand der Beratung

Die Initiative wurde durch den Bundesrat und den Nationalrat in der Frühjahrsession 2001 abgelehnt. Ein gleicher Beschluss des Ständerates folgte in der Sommersession 2001. Er schloss wie der Nationalrat auch einen Gegenvorschlag aus.

10 000 Betriebsjahre in Kernkraftwerken

(vdew) Die globale Betriebserfahrung in Kernkraftwerken erreichte Mitte 2001 insgesamt 10 000 Reaktorjahre. Ende des Jahres 2000 wurden weltweit 438 Kernkraftwerke in 31 Län-

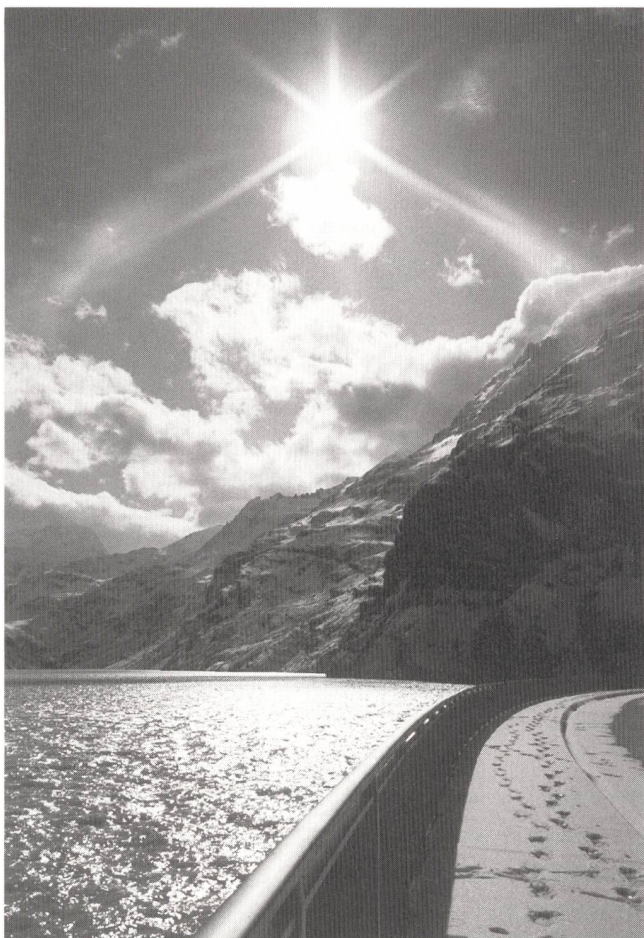
Der Blitzableiter



Sprechen Sie deuglisch?

Für besonders bemerkenswerte Fehlleistungen im Umgang mit der deutschen Sprache verleiht der Verein zur Wahrung der deutschen Sprache (VDS) einmal jährlich den Preis «Sprachpanscher des Jahres». Dazu hat der VDS unter anderem Bahn-Chef Johannes Ludewig gewählt. Damit würdigt der Verein den konsequenten Ausstieg aus der deutschen Sprache durch «service points», «ticket counters», «db-lounges» und «McCleans» auf deutschen Bahnhöfen. Geehrt wurde auch Telekom-Chef Ron Sommer mit «sunshine-» und «moonshine-Tarifen» sowie «City-Calls», «Free-Calls» usw. Dies kommt uns nur allzu bekannt vor. Durch die unkritische Anpassung an das moderne pseudokosmopolitische Impioniergehabe versuchen auch viele Schweizer Unternehmen, sich heutzutage den Anschein von Weltläufigkeit zu geben. Vor allem in den letzten Jahren überkam unser Land eine wahre Welle von Anglizismen, und selbst traditionelle, solide Firmen mutierten ihre Namen zu X-beliebigen virtuellen Gebilden. Im Übrigen meiden offenbar die Westschweizer immer mehr die Geschäfte in der nicht mehr so deutschen Schweiz. Denn besonders im Sommerausverkauf wird da alles immer «dreckiger» («sale»).

B. Frankl



Neue Steuer?: Wasserkraftwerke mit mehr als einem Megawatt Leistung betroffen.

Klimaschutzprotokoll konkretisiert



Selbstverpflichtung zum Klimaschutz: gezielte Rauchgasreinigung bei fossil gefeuerten Kraftwerken (Foto ize).

(p) An der Klimakonferenz vom Juli in Bonn ist es gelungen, das in Kyoto verabschiedete Klimaprotokoll so weit zu konkretisieren, dass es von den meisten Industriestaaten für ratifizierbar gehalten wird. Vorangegangen waren zähe Verhandlungen um das vorgelegte Kompromisspapier, das die wichtigsten Prinzipien der Anwendung festhält. Die Dritte-Welt-Länder bestanden auf konkreteren finanziellen Versprechen. Nach der Zusage zusätzlicher Gelder blieb schliesslich nur noch das Problem der Sanktionen bei Nichteinhaltung des Protokolls zu lösen.

Nach zähem Ringen wurde das Protokoll endlich für gut befunden und von den Anwesenden, auch den Umweltorganisationen, bejubelt. Trotz lobenden Worten betonte die amerikanische Delegationsleiterin, dass die USA an dem Konsens nicht teilhaben werden und bekräftigte, dass Washington nicht gedenke, das Abkommen zu ratifizieren. Die Gruppe der Dritte-Welt-Länder bekam das Versprechen für weitere Finanzhilfe in Form einer EU-Erklärung im Plenum. Die Europäische Union, Kanada, Norwegen, Island und Neuseeland und die Schweiz sicherten ab dem Jahr 2005 jährlich 410 Millionen Dollar zur Speisung der verschiedenen Klimafonds und für bilaterale Hilfe zu.

Stromversorger sehen Selbstverpflichtung zum Klimaschutz bestätigt

(vd) Als wichtigen Schritt zur Konkretisierung der internationalen Klimaschutzpolitik sowie als Beitrag zu einer verlässlichen Umsetzung bewerten die Stromversorger den Beschluss, grundsätzlich am Kyoto-Protokoll festzuhalten. Das erklärte der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) zum Ergebnis der sechsten Klimakonferenz in Bonn. Von grosser Bedeutung für die Stromversorger sei die stärkere Betonung der flexiblen Instrumente. Positiv sieht die Stromwirtschaft ausserdem den Vorrang nationaler Politiken und Massnahmen. Damit stiegen die Chancen, dass die Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur Klimavorsorge auch international anerkannt wird.

den betrieben, 6 neue Kernkraftwerke gingen 2000 ans Netz und 31 Anlagen befanden sich im Bau.

In den USA sind nach Angaben der Nuclear Regulatory Commission (NRC), Washington, bereits für 2 Kernkraftwerke die Betriebszeiten um je 20 Jahre verlängert worden. Für 34 weitere Blöcke sei die Verlängerung von 40 auf 60 Betriebsjahre beantragt wor-

den. In vielen Ländern darunter in Japan, China und Finnland wird derzeit der Bau zusätzlicher Kernkraftwerke geplant.

Italien bremst Strom-privatisierungen

(v) Italienische Gerichtsbehörden haben entschieden, dass Interessenten für diejenigen

zum Verkauf vorgeschriebenen ENEL-Energietöchter höchstens über einen Staatsanteil von 30% verfügen dürfen. Betroffen von der Entscheidung sind die Bieter Italtel (städtische Stromversorgergruppe), das Staatsunternehmen Electricité de France (EdF) und die halbstaatliche spanische Endesa. Das Urteil könnte auch die Übernahme von Montedison durch Italtel gefährden.

Wasserkraftwerk Neu-Rheinfelden kann gebaut werden

Nach einem Beschluss des Europaparlaments in Strassburg sollen die EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit haben, auch grosse Wasserkraftwerke im Rahmen des Ausbaus der regenerativen Energie-Erzeugung zu fördern. Nach Angaben des Ökostrom-Vertriebers NaturEnergie AG, Grenzach-Wyhlen, ist damit der Weg frei für den geplanten Bau des rund 750 Mio. Franken teuren Wasserkraftwerks Neu-Rheinfelden. Durch den Neubau würde sich die Leistung eines der ältesten Flusskraftwerke in Europa auf 116 (26) MW erhöhen. Bauherr wären die Kraftübertragungswerke Rheinfelden AG (KWR), Rheinfelden (D), der Muttergesellschaft der NaturEnergie AG

«Finale» in der Solarmeisterschaft

Nach einem «spannenden Finale» in der Solarbundesliga ist die Deutsche Solarmeisterschaft der Kommunen für die erste Saison 2001 entschieden.

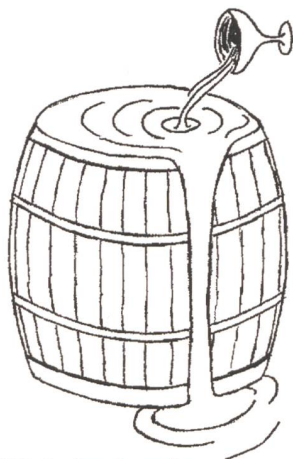
Meister des Jahres 2001 wird Geesow in Brandenburg mit 478 Punkten. Auf die 212 Einwohner der selbständigen Gemeinde entfallen pro Kopf 0,071 Quadratmeter solarthermischer Kollektorfläche und eine Solarstrom-Leistung von 1,4 Kilowatt. Damit könnten die Geesower ihren Strombedarf übers Jahr gerechnet vollständig von der Sonne decken lassen. An der Solar-Bundesliga können sich alle Städte und Gemeinden in Deutschland beteiligen. Entscheidende Faktoren sind die installierte Leistung in Watt pro Einwohner im Bereich Photovoltaik sowie die Fläche installierter Solar Kollektorsysteme pro Einwohner. Bewertet werden alle privaten, betrieblichen und kommunalen Solaranlagen. Unter www.solarbundesliga.de wird die Tabelle laufend im Internet aktualisiert.

Österreicher gegen Ausverkauf von Stromversorgern

(sk) Österreichische Umweltschützer machen mobil gegen die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgern. Untermuert wurde jetzt die Kritik mit einer Studie, bei der man 1000 Österreicher befragte. Demnach sind 57% gegen den Verkauf von Energieunternehmen. 66% befürchten eine Verschlechterung der Versorgung. Für 40% der Befragten wird überhaupt zu viel privatisiert.

Stromanbieter im Sprachtest

Der Verein Deutsche Sprache hat zwölf deutsche Stromanbieter auf ihren Umgang mit der deutschen Sprache untersucht. Darunter waren alle großen Energiekonzerne. Bewertet wurden der Name, die Tarifbezeichnung, der Werbespruch, die Gestaltung der Internet-Leitseite und die Tarife im Internet. Minuspunkte gab es für «Mix it» (E.ON) oder «power to the people» (Stadtwerke Kiel), Pluspunkte für «Strom lebt» (Braunschweiger Versorgungs AG) oder Tarife wie «Sauberer Strom» (Lichtblick Energie GmbH). Es fällt auf, dass vor allem die selbsternannten «global player» ihre Kunden mit überflüssigen Impionieranglizismen anpöbeln. Kleinere Unternehmen dagegen reden gern mit ihren Kunden in deren Muttersprache.



EVU als «Sprachpanscher».

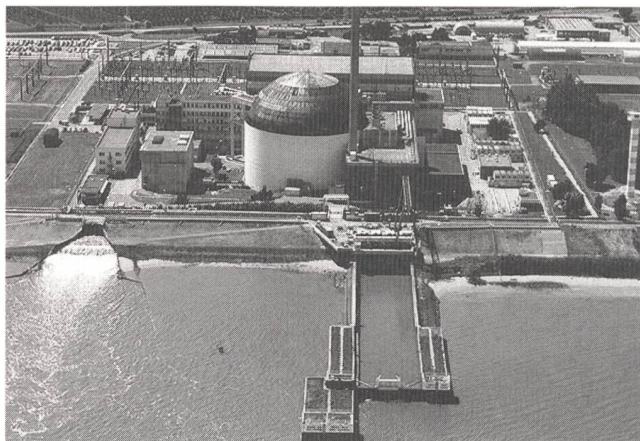
Testsieger wurde die Hamburger Lichtblick Energie GmbH. Sie geht in ihrer Werbung, Internet-Darstellung und Produktbenennung vorbildlich mit der deutschen Sprache um. Es folgen die Elektrizitätswerke Schönau, deren Werbespruch «Watt ihr spart» besonders positiv auffiel, und die NaturEnergie AG aus Grenzach. Schlusslichter waren Yello Strom, E.ON und RWE.

4 Jahre Gefängnis für Billigstromanbieter

Wegen Betruges in Millionenhöhe und Insolvenzverschleppung hat das Landgericht Bremen den Geschäftsführer des einstigen Billigstromanbieters Vossnet zu vier Jahren Haft verurteilt. Laut Urteil kassierte das Unternehmen jeweils 60 Mark Vorabgebühr, ohne tatsächlich Strom liefern zu können. So konnte die finanziell marode Firma ihre Liquidität um 1,6 Millionen Mark aufbessern. Trotz dieser Zuflüsse sei spätestens im Herbst 1999 klar gewesen, dass Vossnet völlig überschuldet war.

Stilllegung des Kernkraftwerks Stade beantragt

(ns) Das Niedersächsische Umweltministerium hat den Antrag der E.ON Kernkraft zur Stilllegung und den ersten von insgesamt fünf Schritten zum Abbau des Kernkraftwerks Stade erhalten. «Wir begrüßen den Antrag der E.ON sehr. Jetzt ist offiziell klar, Stade wird in zwei Jahren abgeschaltet», erklärte das Ministerium am 27. Juli in Hannover. «Und mit dem geplanten Rückbau sichert E.ON Arbeitsplätze am Standort.» Man gehe dabei von etwa zehn bis zwölf Jahren aus. Stade ist das erste Kernkraftwerk in Niedersachsen, das nach dem Energiekonsens vom Netz gehen wird. Die Anlage ist seit 1972 in Betrieb. Nachdem Stade im zweiten Halbjahr 2003 endgültig vom Netz gegangen

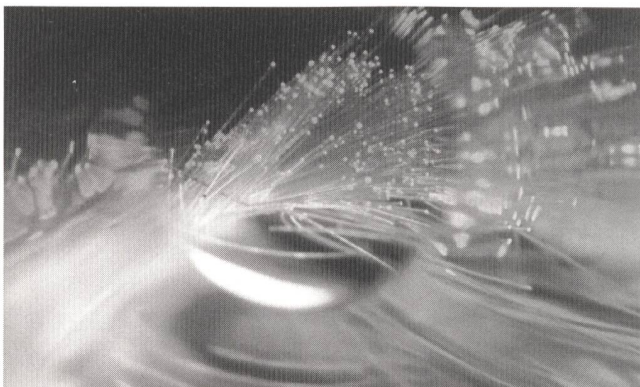


Das KKW Stade soll in zwei Jahren abgeschaltet werden.

ist, werden die abgebrannten Brennelemente – nach der notwendigen «Abklingzeit» im Brennelementbecken – abtransportiert.

60 Jahre Laufzeit für US-KKW

(sva) Die amerikanische nukleare Sicherheitsbehörde NRC hat die Betriebsbewilligung für Block 1 des Kernkraftwerks Arkansas Nuclear One (ANO-1) für weitere 20 Jahre erneuert – dies ist die dritte solche Entscheidung innerhalb eines guten Jahres. Die Betriebsbewilligungen für die KKW sind in der amerikanischen Gesetzgebung grundsätzlich auf 40 Jahre limitiert, eine Option lässt aber – nach entsprechenden Überprüfungen der Sicherheit der Werke – die Verlängerung um maximal weitere zwanzig Jahre zu. Letztes Jahr wurden analoge Gesuche für Calvert Cliffs-1 und -2 sowie Oconee-1, -2 und -3 bewilligt.



Die wachsende Zahl von Nachrichten über Zähler-, Messwerte und Dienstleistungen könnte schneller bewältigt werden (Foto Alcatel).

Stromversorger verbessern Datenfluss

(vdew) Mit sieben neuen EDV-Standards will die Strombranche die wachsende Datenflut im liberalisierten Strommarkt kanalisieren: Diese Standardisierung wird den elektronischen Datenaustausch zwischen den Lieferanten und den rund 900 Betreibern der Stromnetze deutlich verbessern, meldet der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin.

Die wachsende Zahl von Nachrichten über Zähler-, Messwerte und Dienstleistungen könne schneller bewältigt werden. Damit der Datenfluss zwischen den bundesweit gut 1000 Stromunternehmen nicht in einem babylonischen Sprachengewirr endet, hat der Branchenverband die sieben Nachrichtentypen für die täglichen Geschäftsprozesse auf Basis des internationalen Formates UN/EDIFACT definiert.